

4. Ausgabe/Dezember 1975

KURTSCHIEDER IN BONN

Im August dieses Jahres hatte der Vorstand des CDU-Ortsverbandes eine Besichtigungsfahrt zur Bundeshauptstadt organisiert, an der insgesamt 28 Personen teilnahmen.

Nach der Ankunft wurden wir von dem Beauftragten der Landesregierung, Herr August Hanz (ehemal. Bundestagsabgeordneter des Kreises Montabaur) herzlich begrüßt.

Auch unser Kreistagsabgeordneter Herr Jaspersen, Rengsdorf und der Kreisgeschäftsführer der CDU, Herr Heidgen hatten sich inzwischen eingefunden, um sich an dem Informationsrundgang durch die Wirkungsstätten unserer Parlamentarier zu beteiligen.

Zunächst wurden wir in den Bundesrat-Saal gebeten.

Nachdem wir uns auf den Abgeordneten-Bänken niedergelassen hatten, hörten wir uns einen interessanten Vortrag über die Aufgaben des Bundesrates an (Vertreter der Länderregierungen).

Unter anderem gab der Referent einen umfassenden Überblick über verschiedene Modelle der geplanten Länder-Neugliederungen.

In dem gleichen Saal wurde übrigens am 23. Mai 1949 durch Konrad Adenauer das Grundgesetz verkündet.

Es folgte eine Besichtigung des Bundestages mit einem Referat über die Arbeit dieses Parlamentes.

Dann kam das Schönste.

In einem Saal des Rheinland-Pfalz-Hauses wurde ein vorzügliches Essen serviert.

In gemütlicher Runde bei Bier und Wein gab es eine lange und lebhaft Diskussion.



Inzwischen hatte sich der Landesvorsitzende der CDU, Kultusminister Dr. Bernhard Vogel, welcher mit einigen Ministerkollegen eine Tagung im gleichen Hause hatte, zu uns gesellt.

Er hinterließ nach dem kurzen, mit allen seinen bekannten rhetorischen Künsten geführten Referat einen nachhaltigen Eindruck bei allen beteiligten Personen.

Bevor wir die Heimreise antraten, dankte der CDU-Ortsvorsitzende im Namen Aller für die vorzügliche Betreuung und Bewirtung. Doch wie gewöhnlich endete auch diese Fahrt nicht ohne Zwischenstation. So bot sich an diesem Montag abend die Niederbreitbacher Kirmes zur Abschlußfeier an.

Dieser schöne Tag wird allen Beteiligten in bester Erinnerung bleiben.

Bauvorhaben: MEHRZWECKHALLE IN KURTSCHIED

Bauherr: GEMEINDE KURTSCHIED

Es ist bekannt, daß unsere zweiklassige Volksschule seit dem Bestehen der zentralen Grundschule in Rengsdorf nicht mehr genutzt wird.

Schon lange besteht der Wunsch, eine Mehrzweckhalle zu errichten, die den vielfältigen Interessen unserer Dorfgemeinschaft gerecht wird.

Die Tatsache, daß bei einem Verkauf oder bei einer rentablen Verpachtung der Volksschule die seinerzeit vom Lande Rheinland-Pfalz gezahlten hohen Zuschüsse anteilmäßig wieder zurückgezahlt werden müßten, bewog die Gemeinde dazu, das Gebäude anderweitig zu nutzen.

Bei der konkreten Planung einer Mehrzweckhalle wurde aus diesen Gründen die Einbeziehung der alten Schule als unumgänglich angesehen.

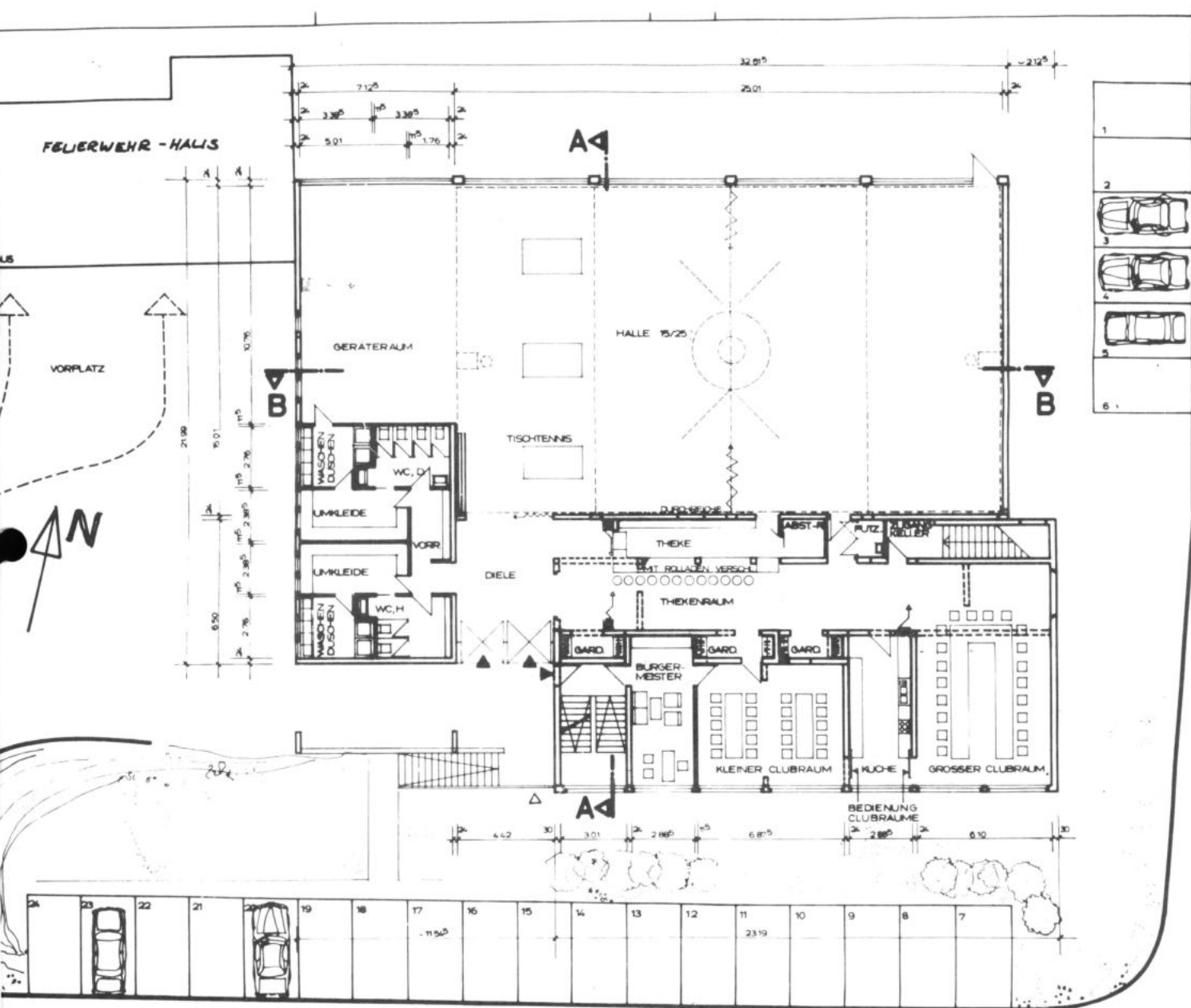
Der notwendige Umbau ist in der Planung so ausgelegt, daß möglichst wenig konstruktive Teile verändert werden.

Es boten sich zwei Lösungen an.

1. Anbau an den zweigeschossigen Teil der Schule
2. Anbau im Innenbereich des vorhandenen Pausenhofes.

Die erste Möglichkeit, sog. Südlösung, konnte nicht verwirklicht werden, da eine Veränderung des genehmigten Bebauungsplanes notwendig geworden wäre. Ein weiterer Nachteil war die ungenügende Belichtung der bestehenden Klassenräume. Der Ausbau in den Pausenhof hat den entscheidenden Vorteil, daß die Turnhalle das für Sporttreiben zweckmäßige Nordlicht erhält.

Außerdem ist durch die rationelle Ausnutzung der vorhandenen Grundstücksfläche eine Einsparung sonst notwendiger Baugrundstücke gegeben.



Planung: Architektenbüro planbau4

Die ehemalige Pausenhalle und die WC-Anlagen, die keine Funktion mehr haben, müssen somit der neuen Turn- und Mehrzweckhalle weichen.

Damit wird eine gemeinsame Erschließung der Halle und der Clubräume möglich.

Der geplante Erweiterungsbau zeigt eine gute Anpassung an die vorhandene Baumasse und wird der vorhandenen Dachform Rechnung tragen, damit eine sinnvolle städtebauliche Eingliederung im dörflichen Maßstab gewährleistet wird.

Die Lage des Erweiterungsbaues läßt eine unbehinderte Zufahrt zum Feuerwehrhaus zu.

Die gemeinsame Erschließung des alten Gebäudes und des Erweiterungsbaues läßt die gesamte Anlage als Einheit erscheinen.

Ein neues Treppenhaus ermöglicht eine spätere Nutzung des Ober- und Untergeschosses, eventuell auch für Wohnzwecke.

Der über 20 qm große Bürgermeisterraum wird über das neue Treppenhaus erreicht. An diesen Raum sind ein sog. kleiner Clubraum mit ca. 35 qm und ein sog. großer Clubraum mit ca. 62 qm (ehemalige Klassenzimmer) angegliedert. Diese Räume sollen bei Veranstaltungen des Gemeinderates, Vereinen und bei kleinen Dorfveranstaltungen einen gemütlichen Aufenthalt ermöglichen. Eine kleine Küche am Ende des Flures bietet bei Veranstaltungen die Möglichkeit zur Bewirtung.

(Die Einteilung ist gegenüber dem Grundrißplan inzwischen geringfügig geändert worden.)

Die lange Theke im Flurbereich bildet die optische Verbindung zwischen altem und neuem Bereich.

Vollkommen unabhängig ist der neue Anbauteil, die Halle, 15 x 25 m groß, schallgedämmt, vom alten Gebäude aus nutzbar.

Beide Gebäudeteile sind mit je einem gesonderten Heizsystem versehen und getrennt beheizbar.

Die Größe der Halle läßt Basketball-, Volleyball-, Federballspiele usw. zu. Mehrere Tischtennis- und Billardtische können aufgestellt werden.

In ausreichender Anzahl sind Umkleiden, Duschen und WC's geplant. Sie liegen im Eingangsbereich, so daß sie auch bei kleinen Veranstaltungen, bei denen nur die Clubräume benutzt werden, erreicht werden können. Die Umkleiden dienen in zweiter Funktion als zentrale Garderobe.

Die Halle bietet bei Veranstaltungen Platz für ca. 400 Personen (an Tischreihen). Der ca. 70 qm große Geräteraum (Stuhllager) wird technisch so ausgelegt, daß er als Bühne angehoben werden kann.

Mit dieser neuen Mehrzweckhalle erhält unsere Gemeinde eine attraktive Anlage, die jedem zugänglich sein soll und hoffentlich von vielen genutzt werden wird.

Übrigens: Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne zurückliegende Ausgaben der "CDU-INFORMATION" zu.

CDU-Ortsverband
Kurtscheid

UMLEGUNGSVERFAHREN IN DER GEMARKUNG KURTSCHIED

In der Neuwiese, Lindenbitz, Weidenbruch und Tiergarten.

Im Interesse vieler Bürger hat sich die CDU bei dem zuständigen Sachbearbeiter des Katasteramtes nach dem neuesten Stand des Umlegungsverfahrens informiert und teilt mit:

Der Bebauungsplan mußte eine Änderung erfahren, weil der Gehweg an der neuen Erschließungsstraße entlang des Altbürgermeisters Becker und dem Grundstück Eul in dem ersten Plan nicht vorgesehen war.

Die Vermessungsarbeiten sind inzwischen abgeschlossen.

Kürzlich waren alle Interessenten zu einem Erörterungstermin persönlich und einzeln zu Verhandlungen geladen. Es konnte durch Einsicht der Grundstückseigentümer und durch das Verhandlungsgeschick des Umlegungsausschusses unter der Leitung des Herrn Katasteramts-Direktors Beus weitgehend Einigung erzielt werden.

Bekanntlich setzte sich der Umlegungsausschuß aus dem Leiter des Katasteramtes Neuwied, einem Juristen des Landratsamtes Neuwied und Bürgern der Gemeinde Kurtscheid zusammen, welche selbst keine Grundstücke in diesem Gebiet besitzen und nicht mit Grundstückseigentümern im ersten oder zweiten Grad verwandt sind. Hierdurch ist jedes Eigeninteresse und jede verwandschaftliche Begünstigung ausgeschlossen.

Zur Kartierung und Berechnung sind die Unterlagen z.Z. in Koblenz in Bearbeitung bei einer Spezialbehörde. Die Ergebnisse des Erörterungstermines werden hierbei schon Berücksichtigung erfahren. Mitte Januar 1976 sollen diese Arbeiten abgeschlossen sein, so daß der Umlegungsplan im Februar 1976 endgültig aufgestellt werden kann.

Anschließend erhält jeder Grundstückseigentümer einen Bescheid, welcher die Möglichkeit des Einspruches innerhalb 4 Wochen enthält. Nach diesem Termin ist die Rechtskraft automatisch eingetreten.

Sollten keine Widersprüche erfolgen, so kann im günstigsten Falle im Laufe des März 1976 die Umschreibung im Grundbuch erfolgen. Damit dann anschließend keine Verzögerungen eintreten, hat die Gemeinde inzwischen das Planungsbüro Seltzer beauftragt, die Wasserleitung, die Straßen und die noch fehlenden Kanäle zu planen. Die Ausschreibung hierzu soll zu gegebener Zeit erfolgen.



Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, daß die Gemeinde Kurtscheid noch Bauplätze zu verkaufen hat.

Welche Aufgaben der Ortsgemeinden sind auf die Verbandsgemeinden übergegangen?

Nach der durchgeführten Gebietsreform haben sich die Zuständigkeiten bei verschiedenen Selbstverwaltungsaufgaben geändert. Das Land Rheinland-Pfalz ist hier andere Wege gegangen als einige andere Bundesländer.

Anstelle der großen Einheitsgemeinden hat man in ländlichen Bereichen die Ortsgemeinden belassen, jedoch eine Reihe von Aufgaben der Gemeinden bzw. der Zweckverbände auf die Verbandsgemeinden übertragen, um zumindest in Teilbereichen größere Verwaltungseinheiten zu schaffen.

Nach § 67 der Gemeinde-Ordnung sind das seit dem 1.1.1975 folgende Aufgaben:

- Bau u. Unterhaltung von Grund- und Hauptschulen
- Brandschutz, Feuerwehrewesen, technische Hilfe
- Bau und Unterhaltung von zentralen Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen
- überörtliche Sozialeinrichtungen, z.B. Sozialstationen
- Wasserversorgung
- Abwasserbeseitigung, z.B. Kläranlagen
- Ausbau und Unterhaltung der Gewässer III. Ordnung (Bachläufe, Fischereinutzung usw.)

Gleichzeitig geht auch die Aufstellung bzw. Änderung von Flächennutzungsplänen auf die Verbandsgemeinde über.

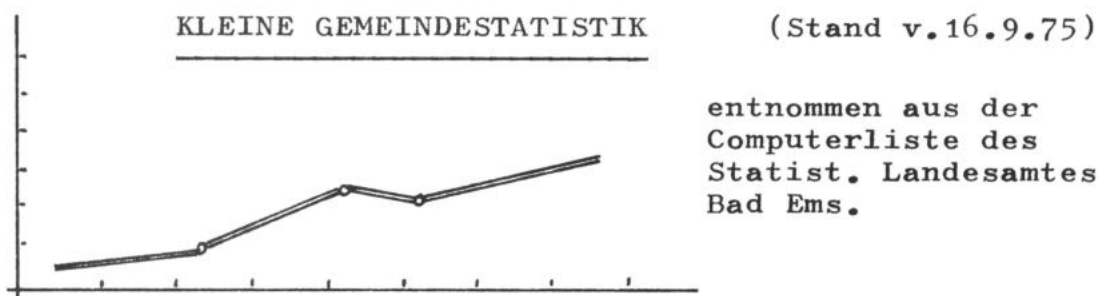
Ab 1.1.1976 wird die Genehmigung von Bebauungsplänen von der Bezirksregierung auf die Kreisverwaltung rückübertragen.



Im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit bleiben den Ortsgemeinden folgende Selbstverwaltungsaufgaben erhalten:

- ◻ Haushaltsrecht
- ◻ Die Aufgaben nach dem Bundesbaugesetz mit Ausnahme der Flächennutzungsplanung
Hierzu gehören vor allem:
 - Aufstellung des Bebauungsplanes
 - Baulanderschließung
 - Erhebung von Erschließungs- u. Ausbaubeiträgen
 - Herstellung des Einvernehmens bei Bauten im Außenbereich
- ◻ Trägerschaft für Bau, Ausbau u. Unterhaltung der Ortsstraßen und Wirtschaftswege.
(Auf die Verbandsgemeinde ist nach § 68 Abs. 2 GemO lediglich die Durchführung u. Überwachung übertragen.)
- ◻ Dorfsanierung - Dorferneuerung
- ◻ Straßenbeleuchtung
- ◻ Straßenreinigung (Schneeräumen, Streupflicht (Salz))

- Benennung von Straßen (Beschilderung)
- Ortsverschönerung, Grünanlagen
- Friedhofswesen
- Flurbereinigung
- Festsetzung von Hundesteuer
- Nutzung und Verwaltung von gemeindlichem Vermögen (Grundstücke, Häuser, Wald)
- Landschaftspflege - Naturschutz
- Wirtschaftsförderung - Fremdenverkehr
- Feld- und Wildschutz
- Förderung örtlicher Vereine



Anzahl der Straßen	19
" der Häuser	201
" der Familien	348
" der Einwohner	909

Altersgruppe	männlich	weiblich
bis 9 Jahre	48	45
10 -19	92	82
20 -29	57	62
30 -39	57	71
40 -49	76	48
50 -59	45	57
60 -69	35	46
70 -79	30	36
80 -89	9	11
90 -99	./.	2

ALTE KURTSCHIEDER AUSDRUCKSFORMEN UND IHRE SINNGEMÄSSE BEDEUTUNG



Es mag für viele unserer Ortsbewohner, insbesondere für Neu-Hinzugezogene, Fremde und vor allen Dingen für unsere Jugend von Interesse sein zu erfahren, welche heute kaum noch benutzten Redewendungen sich in der Umgangssprache unserer Ahnen und Urahnen befanden.

amödesch	.. angenehm	Morpele	.. Waldbeeren
baljadsche	.. Radau schlagen	nau	.. geizig
beladschere	.. überreden	Ollesch	.. Ol
Bännel	.. Band	Oheles	.. alter Geräte-
Botzeflecke	.. Buß- u. Bettag		schuppen
Däßem	.. Sauerteig	ohetze	.. nicht alles
fliebsche	.. pfeifen		aufessen
flinsche	.. Augen zwinkern	Öllesch	.. Zwiebel
Fürjebünn	.. Flur	plotsche	.. entsteinen
Flimpes	.. Eingebildeter	Plämpes	.. Nichtsnutz
futtele	.. betrügen	Plomeschmöll	.. Eidechse
fräslesch	.. gemein rufen	Prämpele	.. Brombeeren
grenzelesch	.. schlecht ge-	pläatze	.. gröhlen
	launt	quassele	... dumm reden
heiwels	.. seitdem	quinschele	.. zwinkern
Häere Werk	.. feine Sache	rammdösesch	.. nervös machen
judze	.. freudig zurufen	Säurehste	.. Schimpfname
jewellesch	.. gut, prima	schwadronere	.. schnell und
jingse	.. jammern		laut reden
jaubsche	.. klagen	schlauchesch	.. pingelig beim
Jedätz	.. Getue		Essen
Jellerei	.. Galerie,	schürreje	.. schieben
	Orgelempore	Schaatz	.. Wolldecke
Kommere	.. Gurken	schnorkse	.. schnarchen
klämsche	.. langweilig	träntele	.. langsam sein
	essen	tottele	.. stottern
Klevkoscht	.. wie eine Kruste	Trünschele	.. Stachelbeeren
	kleben	Weißquast	.. Deckenbürste
knaadsche	.. klagen, jammern	wackeresch	.. wach sein
knötteresch	.. schlecht gelaunt	zallesche	.. unterhalten
Knoweresch	.. Knoblauch	Zänkeise	.. zankend. Mensch
kläsbe	.. sehr schwach	Zawwele	.. Fransen

Fortsetzung in der nächsten Zeitung

Um unsere Zeitung noch attraktiver zu gestalten, wollen wir in Zukunft einen allgemein - politischen Beitrag eingliedern.

Da die CDU-Information jährlich etwa zweimal erscheint, kann es vorkommen, daß die behandelten Themen nicht mehr ganz aktuell sind. Nach unserer Meinung ist das auch nicht so wichtig, denn im Nachhinein kann man klarer erkennen, ob Voraussagen zutreffend waren und Versprechungen gehalten wurden.

Anhand unseres ersten Beispiels können sie das gut erkennen.

lesen ...

staunen ...

urteilen ...

KANZLERWORTE UND DIE WAHRHEIT:

„Minister haben immer die Aufgabe, die Wahrheit zu sagen und nicht unter dem Deckmantel der Pädagogik Märchen aufzutischen.“

(Schmidt am 28. Juli 1972)

„Der Staat darf keine Versprechungen eingehen, die er nicht verwirklichen kann. Ich bin der Meinung: Weniger am Anfang reden, lieber am Ende reden, wenn man etwas getan hat.“

(Schmidt am 8. August 1972)

„Wir werden offensiv sein, bis alles besser geworden ist, viel besser, als wir es vorgefunden haben, ...“

(Schmidt am 10. September 1972)

„Wir können uns weder 6 Millionen, noch können wir uns 3 Millionen Arbeitslose leisten. Wir wollten auch nicht 600 000 oder 500 000 Arbeitslose haben. Auch das können wir uns aus Gerechtigkeitsgründen, aus sozialen und auch aus politischen Gründen nicht leisten.“

(Schmidt am 12. Oktober 1972)

„Wenn ein paar Unternehmen pleite gehen, ist es jedenfalls ein Beweis dafür, daß noch Marktwirtschaft existiert.“

(Schmidt am 9. September 1973)

„Unsere Arbeitsplätze sind sicher, ...“

(Schmidt am 17. Mai 1974)

„Unsere Arbeitsplätze sind insgesamt sicher; dafür sorgt unsere Stärke im Export. Natürlich sind bei der abflachenden Weltkonjunktur einige Branchen von Absatzsorgen betroffen, hier in Hannover sicher besonders VW und Conti; das führt zu zeitweiliger Kurzarbeit. Die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition ist aber ein Garant dafür, daß es keine Massenarbeitslosigkeit geben wird.“

(Schmidt am 27. Mai 1974)

„Und deswegen habe ich in meinem ganzen politischen Leben immer wieder versucht, nur soviel zu versprechen, wie ich weiß, daß man halten kann, und möglichst nicht mehr.“

(Schmidt am 3. März 1974)

„Wir haben etwas Kurzarbeit und einige Arbeitslose.“

(Schmidt am 15. Juli 1974)

„4,5 Prozent Arbeitslosigkeit würde ich für unerträglich halten.“

(Schmidt am 2. August 1974)

„Es kann sein, daß wir — wenn der Winter extrem schlimm und kalt wird — vielleicht für eine kurze Zeit eine Million Arbeitslose haben. Aber es ist ganz ausgeschlossen, daß wir diese Zahl über eine längere Zeit haben werden!“

(Schmidt am 2. November 1974)

„Ich glaube nicht, daß dieser Winter (1974) und das kommende Frühjahr (1975) uns in eine ökonomische Bedrängnis führen werden.“

(Schmidt am 6. November 1974)

„Aber die Bürger müssen wissen: Dieser Aufschwung kommt: er braucht Zeit. Noch nicht im Frühjahr, aber im Frühsommer (1975, die Red.) werden wir sichtbar über den Berg sein.“

(Schmidt am 13. Dezember 1974)

„Diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, richten große Erwartungen auf das neue Jahr ... Heute in 12 Monaten wird es anders aussehen.“

(Schmidt am 31. Dezember 1974)

„Ich würde mit Ihnen eine Wette eingehen, daß in Annäherung an den 30. Juni die Pferde so gewaltig saufen, daß der Finanzminister Angst kriegen wird wegen seiner Steuereinnahmen in den nachfolgenden Jahren.“

(Schmidt am 8. Februar 1975)

„Wir sind über den Berg weg. Noch nicht alle in der Welt haben diesen Berg überwunden.“

(Schmidt im April 1975)



Unser Kommentar:

Nach dem Sachverständigengutachten der "fünf Weisen" ist für 1976 ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung vorausgesagt worden.

Mit vielen "Wenn und Aber" behaftet. Es ist zu vermuten, daß die jetzige Bundesregierung ein Absinken der Arbeitslosenzahl unter einer Million vor der nächsten Bundestagswahl als großen Erfolg verkaufen wird.

Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage ist jedoch ein großes Problem nicht zu übersehen. Dieses Problem schiebt die Bundesregierung weiterhin vor sich her.

Die enorme Staatsverschuldung über 50 Milliarden (50 x 1000 Millionen!) ist so hoch, daß es für die nächste Zukunft unabsehbare Folgen für uns alle hat. Vor allem, weil aufgrund der ständig wachsenden Staatsausgaben und der erneuten Deckungslücke im Bundeshaushalt 1976 der Schuldenberg um viele weitere Milliarden ansteigen wird. Allein die Feststellung, daß die jetzige Bundesregierung in wenigen Jahren diese Finanzmisere verursacht hat, hilft nicht darüber hinweg, daß der deutsche Steuerzahler nach den nächsten Bundestagswahlen zur Verhütung eines Staatsbankrottes zur Kasse gebeten wird.

Das sollte der Wähler bei der nächsten Bundestagswahl berücksichtigen.

„Ich fasse zusammen: Der Tiefpunkt der Konjunktur ist durchschritten. Von nun an geht es in der Bundesrepublik aufwärts. Ich bleibe also bei meiner Frühsommer-Prognose.“

(Schmidt am 3. Mai 1975)

„Anders ausgedrückt: Wer heute meint, der Aufschwung ginge nur sehr langsam vonstatten, oder gar behauptet, ein Aufschwung fände gar nicht statt, dem fehlt jede ökonomische Vernunft, wenn er gleichzeitig behauptet, wir müßten die Steuern erhöhen. Das paßt überhaupt nicht zusammen.“

(Schmidt am 3. Mai 1975)

„Die finanzwirtschaftliche Situation des Jahres 1975 macht mir überhaupt keine Sorgen — wenn ich das in diesem einen Satz zusammenfassen darf.“

(Schmidt am 11. Mai 1975)

„Ich selbst vertraue in den beginnenden Aufschwung.“

(Schmidt am 29. Mai 1975)

„Wir sind ehrlich.“

(Schmidt am 29. Mai 1975)

Innenminister Heinz Schwarz, unser Bundestagskandidat

Die Union hat in den 20 Jahren ihrer Regierungsverantwortung in Bonn die Bevölkerung in der Bundesrepublik aus Not und Elend herausgeführt und dieses Land zu einem geachteten Staat in Europa und der übrigen Welt gemacht.



Innenminister Heinz Schwarz,
Kandidat zum Bundestag
für den Wahlkreis
Neuwied-Altenkirchen.

Die Grundlage für die politischen Erfolge der Union, auch in Rheinland-Pfalz, sehe ich in der Idee der Volkspartei, die zum Ziel hatte, die Interessenkonflikte der unterschiedlichen Gruppen in unserem Volk zum Ausgleich zu führen und die Union zu einer Integrationsbewegung für alle Bevölkerungsschichten zu machen.

Diese Idee hat mich schon 1947 so fasziniert, daß ich Mitglied der CDU wurde. Es gilt, die Faszination dieser Idee in der Öffentlichkeit wieder sichtbar zu machen.

1959 wurde ich als Kandidat der Union erstmals in den rheinland-pfälzischen Landtag gewählt, seit 1971 bin ich Innenminister des Landes. 1976 kandidiere ich zum erstenmal für die CDU im Wahlkreis Neuwied-Altenkirchen zum Bundestag.

Mancher Bürger fragt mich deshalb erstaunt: „Haben Sie nicht Grund, mit dem, was Sie bis jetzt persönlich und politisch erreicht haben, zufrieden zu sein?“

Meine Antwort lautet: Ich hätte dazu allen Grund. Denn ich habe in verschiedenen Funktionen maßgeblich an den Erfolgen der Reformpolitik Helmut Kohls mitgearbeitet.

Damit gebe ich mich allerdings nicht zufrieden. Denn die Leistungen der Union in Bund und Land dürfen uns nicht dazu verleiten, behäbig in Selbstzufriedenheit über das Erreichte zu versinken. Diese Haltung hat die Union 1969 die Regierungsverantwortung in Bonn gekostet.

Nur durch das entschiedene Engagement aller Parteimitglieder und eine glaubwürdige personelle und sachliche Alternative zur augenblicklichen Regierungskoalition werden wir 1976 den Wahlsieg bei der Bundestagswahl erringen. Diese Wahl wird nach meiner festen Überzeugung für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik von einschneidender Bedeutung sein. Sie wird darüber entscheiden, ob Helmut Schmidt in Bonn eine Politik fortsetzen kann, deren Ergebnisse Inflation und Arbeitslosigkeit sind, oder ob Helmut Kohl eine Reformpolitik mit Augenmaß betreiben kann, wie sie die CDU 20 Jahre unter den Kanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger im Bund erfolgreich demonstriert hat.

Weil diese Entscheidung so wichtig ist, habe ich mich nach 17 Jahren erfolgreicher politischer Tätigkeit in Rheinland-Pfalz entschlossen, 1976 für den Bundestag zu kandidieren. Denn ich schätze das Amt des Abgeordneten keineswegs geringer ein als ein Ministeramt. Wenn ich die Kandidatur im Wahlkreis Neuwied-Altenkirchen übernommen habe, dann tue ich das nicht, um in Bonn persönliche Ambitionen zu verfolgen. Ich möchte als Abgeordneter vielmehr dazu beitragen, die in unserer Region anstehenden Probleme zu lösen. Vor allem durch den Ausbau der Verkehrswege könnte noch viel zur Strukturverbesserung des Raumes Neuwied-Altenkirchen getan werden.

Dazu nur einige Stichworte:

- die Schnellstraße aus dem Raum Betzdorf nach Koblenz
- die bessere Verkehrsanbindung von Wissen/Altenkirchen an Bonn und
- der Ausbau der B 42 in Neuwied.

Meine Kandidatur kann nur Erfolg haben, wenn Sie alle mich mit Rat und Tat dabei unterstützen. Deshalb bitte ich Sie schon jetzt um Ihre Mithilfe.

CDU

Alternative '76



**FROHE WEIHNACHT
UND EIN FRIEDVOLLES NEUES JAHR
1976**

**WÜNSCHEN ALLEN LESERINNEN UND LESERN
DIE REDAKTION VON „CDU-INFORMATION“
DER CDU-ORTSVERBAND KURTSCHIED**
